

kann sogar von einem strammen DDR-Apologeten zum Demokraten mutieren, wenn auch für ihn *das Geheimnis der Erlösung Erinnerung heißt*. Aber mit seinem Antrag, und seinem bisherigen Erfolg, das Buch von Roman Grafe verbieten zu lassen, spreche ich H. (Ralph Giordano nennt an dieser Stelle im Original den vollen Namen – M.J.) jede wirkliche Revisions- und Kritikfähigkeit an der eigenen Biografie ab.«

Die Revisionsverhandlung findet am 19. März 2007 vor dem Kammergericht Berlin statt. Roman Grafe und uns allen

ist zu wünschen, dass das erstinstanzliche Urteil fällt. Dadurch würde zwar die gescheiterte justizielle DDR-Aufarbeitung nicht aufgebessert, aber doch erträglicher.

Roman Grafe, *Deutsche Gerechtigkeit. Prozesse gegen DDR-Grenzschilder und ihre Befehlsgeber*, SIEDLER VERLAG, München 2004, 351 S., € 24.90.



Martin Jander (*1957) arbeitet als Historiker und Journalist; unterrichtet an der New York University (Berlin) und Stanford University (Berlin).
martin.jander@t-online.de

Paul Lersch

Eine andere Welt ist möglich

Joseph Stiglitz fordert neue Spielregeln für die Globalisierung

In Deutschland sind 10,6 Millionen Menschen von Armut bedroht, darunter 1,7 Millionen Kinder. In den USA zählt von sechs Kindern eines zu den *living poor*. Weltweit müssen 1,2 Milliarden Menschen mit weniger als zwei DOLLAR pro Tag auskommen, leben nach UN-Definition in Armut. In Lateinamerika sind es 60 von 300 Millionen. In Afrika fristet die Hälfte der Bevölkerung ein Dasein in extremer Armut, mit weniger als einem DOLLAR pro Tag.

Erschreckende Zahlen als Folge der Globalisierung? Stimmt, sagen Sachverständige, der internationale Wettbewerb schafft auch Verlierer. *Sorry*, unvermeidlich. Stimmt das wirklich?

Nein, sagt Joseph Stiglitz in seinem neuen Buch über »die Chancen der Globalisierung«. Sie ist keineswegs hinzunehmen wie ein Naturgesetz. Politisch muss sie gesteuert werden, nur anders. Denn bislang, sagt Stiglitz, »produziert sie zu viele Verlierer«, arme Länder und auch in den reichen Regionen der Welt.

Der Wirtschaftsnobelpreisträger hat schon Bestseller zu dem Thema geschrieben. Von ATTAC-Aktivisten wird er deshalb verehrt. Auch an den Schaltstellen der Macht hat er mitgewirkt. Als oberster Wirtschaftsberater von Bill Clinton, als Chef-Volkswirt der WELTBANK.

Anders als der Buchtitel verspricht, bleibt nach Lektüre der Eindruck, an die »Chancen« der Globalisierung könne er selbst nur schwer glauben. Zu düster sind die »Schatten«, das große Versprechen, den Lebensstandard weltweit zu verbessern, hat die Globalisierung nicht eingelöst.

In seinen Untersuchungen forscht der amerikanische Ökonom nach den Ursachen. Den Kapitalismus stellt er nicht in Frage. Seine Schwächen deckt er auf. Streng kritisiert er als Kernproblem die Dogmen des neoliberalen *mainstream* oder, neutraler gesagt, des so genannten *Washington Consensus*. Dessen Credo heißt: den Staat abbauen, privatisieren, die Märkte öffnen und rigoros sparen.

Die Industriestaaten haben diese Spielregeln festgelegt. Sie sind zugleich Leitlinien der obersten Finanzinstitutionen, WELTBANK und Internationaler Währungsfonds (IWF). Hilfe gewähren sie den Entwicklungsländern nur, wenn sie sich diesen Bedingungen fügen.

Solch ein »Marktfundamentalismus« ist nach Stiglitz das falsche Rezept, das auf Adam Smith zurückgeht, den Begründer der klassischen Nationalökonomie: freie Märkte und die Verfolgung eigennützigster Interessen, so dessen Theorie, sichern ökonomisch effiziente Ergebnisse. Diese »unsichtbare Hand«, spottet Stiglitz, scheint »deshalb unsichtbar zu sein, weil sie nicht da ist«.

Effizienz definiert er ganz anders: sie ist nicht zu haben ohne staatliche Eingriffe, die auch an »nichtökonomischen Werten« orientiert sind. Er argumentiert keineswegs gutmenschhaft, sondern mit dem kühlen Blick eines Wirtschaftsexperten: Nicht effizient ist eine Politik, die soziale Ungleichheiten schafft, die Umwelt zerstört, die Gesundheit der Menschen gefährdet – weil sie auch ökonomische Schäden verursacht.

Eindrucksvoll beschreibt der einstige Princeton-Professor, wie die Politik von WELTBANK, IWF und Welthandelsorganisation (WTO) das Leben in den Entwicklungsländern erschwert, ihre Krisen verschlimmert und »schreckliche Ungerechtigkeiten« verursacht. Doch nicht gegen diese Institutionen richtet sich sein Hauptvorwurf, vielmehr gegen die Industrieländer, die sie steuern, vor allem gegen die USA.

Bitter beklagt der erfahrene Insider, dass sein Land nach dem Ende des Kalten Krieges nicht die Chance nutzte, eine faire neue Weltordnung zu schaffen. Stattdessen, so seine Bilanz, ergriff die einzig verbliebene Supermacht »die Gelegenheit, die globale Ordnung nach ihren eigenen Interessen und denen ihrer multilateralen Konzerne zu gestalten« – zu Lasten der

Ärmsten. Von der Globalisierung, so Stiglitz, haben »die meisten Menschen nicht profitiert«.

Einen glänzenden Aufstieg haben nur einige Länder geschafft, und er verrät auch wie: Gegen die Regeln des *Washington Consensus* haben die Regierungen dort eine »sehr aktive Rolle« übernommen. Wieso, fragt er, gibt es überhaupt noch Diskussionen über die Rolle des Staates bei so »überwältigenden« Erfolgen.

Beispiel China: Die sogenannte »sozialistische Marktwirtschaft mit chinesischen Merkmalen« hat hunderte Millionen aus der Armut befreit. Die Wirtschaft wächst kontinuierlich um mehr als sieben Prozent, in letzter Zeit sogar zweistellig.

Leicht verstört fragte vor kurzem der SPIEGEL auf der Titelseite: »Funktioniert der Kommunismus doch?« Die optimale Mischung von Staat und Markt, antwortet Stiglitz, muss von »Land zu Land und in jedem Entwicklungsstadium« jeweils neu gesucht werden.

So hat auch Indien einen eigenen erfolgreichen Weg gefunden: In 20 Jahren ist für 250 Millionen Menschen der Lebensstandard »enorm gestiegen«. Allerdings noch nicht für die übrigen 800 Millionen.

»Das stärkste Argument« gegen die reine Marktlehre ist nach Stiglitz die Entwicklung in Lateinamerika. In den drei Jahrzehnten nach 1950 stieg dort das Pro-Kopf-Einkommen infolge staatlicher Eingriffe um jährlich etwa drei Prozent. In den neunziger Jahren aber führte der IWF Regie – und nach einigen hoffnungsvollen Anfangsjahren geriet der Kontinent in die Rezession.

Spektakulär versagte das Modell des radikalen Staatsabbaus nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums, zumal in Russland. Anders als es die IWF-Berater versprochen hatten, ging die Produktion um ein Drittel zurück. Der »Privatisierungsrausch« schuf eine Klasse von neu-reichen Oligarchen. Aber infolge dieser Schocktherapie stieg die Zahl der Armen

seit 1987 in den Ostblockstaaten um das Zehnfache.

Solidarität mit den Armen steht hoch im Kurs: Die Bedürfnisse der Entwicklungsländer, wo 80 Prozent der Weltbevölkerung leben, sollen in den Mittelpunkt rücken. Aber die Geschichte der unausgewogenen »asymmetrischen« Handelsabkommen zeigt: Die Unterhändler des Westens verstehen sich als Lobbyisten der Industrieländer – und setzen deren Interessen rücksichtslos durch.

Das Ergebnis: Offen sind die Märkte in den Entwicklungsländern für Güter aus den Industrieländern. Nicht aber umgekehrt. Vielfältige Schranken bleiben bestehen. Mit »gigantischen« Agrarsubventionen schützen die Staaten des Nordens ihre Bauern. Sie verderben die Weltmarktpreise zu Lasten der Dritten Welt.

Geradezu »abstoßend« nennt Stiglitz die Methoden der Pharmaindustrie. Die Entwicklungsländer erwarten Zugang zu lebensrettenden Medikamenten, und zwar zu erschwinglichen Preisen. Aber die Forderung, den Patentschutz zu lockern und den Armen die Produkte zum Selbstkostenpreis zu überlassen, haben die Konzerne empört abgelehnt. Rühmliche Ausnahme: die Schweizer Firma NOVARTIS.

Keine Bedenken haben die einschlägigen Firmen, die traditionellen Kenntnisse der Entwicklungsländer über ihre Pflanzenwelt ohne Gegenleistung zu verwerten – und dann noch Nutzungsgebühren zu verlangen. Diese Art Bio-Piraterie gehört zum Geschäft.

Besonders bizarr: Die Hälfte der 4.000 medizinischen Patente stammt aus diesem überlieferten Wissen von Medizinmännern. Kukuma, in Südasiens seit langem als heilkräftiges Gewürz bekannt – in den USA wird es patentiert. Das Öl des indischen Neembaums – auch in Europa wird es patentiert. Als allerdings in den USA Basmati-Reis ein Patent erhielt, erreichte die aufgebrachte indische Regierung die Aufhebung.

Die positiven Effekte der Globalisierung gerechter zu verteilen, ist für Stiglitz das oberste Gebot. Das derzeitige Weltwirtschaftssystem aber hilft, im Gegenteil, die sozialen Gegensätze zu verschärfen. Der Schaden, hat er vorgerechnet, den westliche Handelshemmnisse in der Dritten Welt anrichten, ist dreimal höher als die gesamte Entwicklungshilfe. »Das Geld fließt von unten nach oben, von den Armen zu den Reichen«.

Sicher, nicht nur Konzerne, internationale Finanzinstitutionen und die Supermacht sind verantwortlich für die Ungleichheiten in der Welt. Wer die Global-Kritik an dem neoliberalen Wirtschaftsmodell nicht teilt, mag sie einseitig finden. Sie wirkt gewiss polarisierend. Aber natürlich, das weiß auch der Autor, tragen korrupte Regime, Misswirtschaft, habgierige Despoten und ihre Cliques ein großes Maß an Mitschuld.

Gerade Rohstoffreichtum, schreibt er, ist oft »ein Fluch« für das Land. Eine Militärjunta hat Nigeria ruiniert, die Öleinnahmen sprudelten, die Wirtschaft schrumpfte. Die Zahl derer, die von weniger als einem DOLLAR leben, hat sich in den Jahren 1975 bis 2000 auf 84 Millionen vervierfacht.

In Venezuela, einem der größten Erdöl-exporteure, leben zwei Drittel der Bevölkerung in Armut. »Es ist nicht verwunderlich«, meint Stiglitz, dass Hugo Chavez 1998 die Präsidentschaftswahlen mit dem Versprechen gewann, die Armut zu beseitigen. Nunmehr kündigt er an, die Energiewirtschaft zu verstaatlichen und die Öleinnahmen gleichmäßiger zu verteilen.

Das jahrzehntelang (auch in der Bundesrepublik) vorherrschende neoliberale Modell hat an Glaubwürdigkeit, so scheint es, stark eingebüßt. Die Wirtschaft sollte ungestört wachsen, dann werde es allen besser gehen. Die Realität hat diese *trickle-down*-Theorie widerlegt. Weder in Europa, noch in den USA hat sie funktioniert. Die Gegensätze zwischen Gewinnern und Ver-

lierern hat sie vertieft. Rekordniveau hat die Armutsrate in Deutschland erreicht.

Zahlreiche Vorschläge listet Stiglitz auf, die manche Kritiker als »utopisch« belächeln. Aber, um die Gefahr sozialer und politischer Konflikte zu vermeiden, wäre es schon realistisch, die bisherigen, von den Industriestaaten erzwungenen Spielregeln zu verändern. Auf ökonomische Effizienz sind sie ausgerichtet – siehe Adam Smith –, nicht auf soziale Gerechtigkeit.

Genau deshalb haben die Schwachen von der Globalisierung nicht profitiert. Um einen Wandel herbeizuführen, fordert Stiglitz mehr Mitsprache der armen Länder, gerade in den internationalen Institutionen. Wieso eigentlich, fragt er,

haben dort nur die USA ein Vetorecht?

»Eine andere Welt ist möglich«, heißt seine Botschaft. Die Globalisierung, glaubt der Weltökonom, könnte durchaus eine Erfolgsgeschichte werden – nicht nur für die Reichen. Aber er fürchtet, »blanke Wirtschaftsmacht« könnte den Erfolg verhindern.

Joseph Stiglitz: Die Chancen der Globalisierung. SIEDLER VERLAG, München 2006, 446 S., € 24,95.



Paul Lersch (*1935)
ist freier Journalist. Lebt in
Berlin und Bonn.
pl.berlin@t-online.de

Volker Ullrich

Lob auf die 45er

Christina von Hodenberg beschreibt die Entwicklung der kritischen Öffentlichkeit

Dieses umfangreiche Werk, eine Habilitationsschrift aus der Schule des Freiburger Historikers Ulrich Herbert, ist interessant, ja spannend zu lesen, weil es in mancher Hinsicht Neuland betritt. Die Autorin geht der Frage nach, wie die Zäsur von 1945 das Medienwesen in den westlichen Besatzungszonen und der späteren Bundesrepublik Deutschland verändert hat. Sie untersucht einerseits die Kontinuitäten, die vom »Dritten Reich« in die Nachkriegsdemokratie führen, und sie beleuchtet andererseits den Wandel in der Medienbranche, die langsame, konfliktreiche Gewöhnung an eine demokratisch verfasste, pluralistische Öffentlichkeit. Herausgekommen ist ein gewichtiger Beitrag zur politischen Kultur der frühen Bundesrepublik.

Christina von Hodenberg weist zunächst nach, dass die Vorstellung einer *Stunde Null* auch für die Neuordnung

des Mediensystems nach 1945 nicht zutrifft. Ein Großteil der ehemaligen mehr oder minder belasteten Nazi-Journalisten konnte, nach einer kurzen Zwangspause, wieder in den Beruf zurückkehren und die Karriere fortsetzen. Sie verdrängten dabei nicht selten die Emigranten und Gegner des Nationalsozialismus, welche die alliierten Presseoffiziere zunächst in wichtige Positionen berufen hatten. Parallel zur Reintegration der »Ehemaligen« gingen Versuche, die Pressegesetze restriktiv auszulegen und dem Staat, im Rückgriff auf autoritäre Traditionen des Kaiserreichs, Eingriffsrechte zu sichern. Im Zusammenhang damit beschreibt die Autorin recht kritisch die Rolle Bundeskanzler Adenauers und des Bundespresseamtes, die nicht davor zurückschreckten, Zeitungsredaktionen und Rundfunkanstalten zu gängeln und missliebigen Journalisten das Leben schwer zu machen.